

fer Reformen von erbitterten Kommunal-Politikern genannt werden, auch den Rest des Kreises Siegen neu ordnen wollte, formierten sich massive Gegenkräfte.

Haupt-Herd der Revolte ist das Amt Burbach im Südzipfel des Siegerlandes, eingekeilt zwischen die Grenzen der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz und mit 120 Quadratkilometern (und 25 000 Einwohnern) halb so groß wie das Stadtgebiet Kölns (856 000 Einwohner).

Unter den 15 Amtsgemeinden im „Grund der freien Männer“ (so eine Urkunde aus dem Jahre 914) regten sich Rivalitäten: Der Untere Freie Grund, gruppiert um die Ortschaft Neunkirchen, war gegen die Einheits-

Zunächst schlossen sich die Gemeinderäte zu einer „Regionalfraktion Freier Grund“ zusammen und schickten Protesttelegramme in die Landeshauptstadt. Zwei Tage später schlossen die Untergrund-Bürgermeister, „außerhalb der Legalität“ (Roth), für acht Tage ihre Amtsstuben.

Die Folgen: Neunkirchens Nebensitze der Amtsverwaltung Burbach mußte das Personal verdoppeln, um den Publikumsandrang zu bewältigen. Und in der Bürgermeisterei Salchendorf stapelten sich Handwerker-Rechnungen für Gemeinde-Bauten in Höhe von 100 000 Mark. Doch „die Bevölkerung murzte nicht, sie war einverstanden“ (CDU-Gemeinderat Wisfeld).

PRESSE

SAARLAND

Nur Negatives

Wo Deutschland am frömmsten und am ärmsten ist, sind seine Journalisten am lahmsten und am zahmsten — an der Saar: In dem zurückgebliebenen Zwergstaat im Südwesten haben Bischof und CDU-Regierung das Gros der Presse fest in ihren Händen.

Kritische Tageszeitungen gibt es nicht: Die „Saarbrücker Zeitung“ (Auflage: 163 000) gehört dem Land, die „Saarbrücker Landeszeitung“ (Auflage: 38 000) wird vom Bischöflichen



Saar-Zeitungen, Saar-Journalist Rahner, evangelisches Saar-Wochenblatt: In Schilda solche Sachen

gemeinde, vor allem gegen deren Amtssitz im Oberen Freien Grund. Zudem bemäkelten die Untergrundler, daß die Gemeinden des ganz im Süden hinter einer Wasserscheide gelegenen „Hickengrundes“ mehr nach Hessen als nach Siegen hin orientiert seien: Die „Hicken“ schicken ihre Kinder in die hessischen Städte Haiger und Dillenburg, sie arbeiten und kaufen dort.

Die Untergrund-Parlamentarier mobilisierten den Kreistag, Landtags- und Bundestagsabgeordnete und plädierten dafür, das Amt Burbach in drei Groß-Gemeinden zu teilen — ein Plan, der vom Kreistag prompt gebilligt wurde.

Doch die „freie Willensbildung der Gemeinden“ (Gemeinderat Paul Roth) wurde von den Düsseldorfer Reformern ignoriert. Roth: „Wir haben vielfach das Gespräch gesucht, aber wir wurden nie gehört.“ Das Innenministerium blieb bei seinem Plan, das Amt Burbach in eine Groß-Gemeinde umzuwandeln.

„Da sagte unser Landtagsabgeordneter Hans-Georg Vitt“, so erinnert sich Sozialdemokrat Roth, „alles im Eimer, helfe euch selber.“ Und prompt startete die Untergrundbewegung ein Hilfsprogramm.

Die Kommunal-Politiker im Untergrund ließen Gemeinderatssitzungen platzen, sie sammelten Unterschriften für eine Petition, finanzierten den Druck von Protestplakaten („Selbstverwaltung soll vor die Hunde gehen“) und einer Denkschrift gegen „technokratische Reißbrettlösungen“.

Das Gemeindeblatt des Untergrunds schließlich, die „Hellerthaler Zeitung“, brachte ein Extrablatt heraus („Rebellion gegen die Landesregierung“). Und als die Regierung ihr zweites Siegerland-Gesetz dennoch vorlegte, klebten die freien Männer in den Rebellen-Gemeinden Plakate: „Sie erreichen jetzt das kommunale Notstandsgebiet Freier Grund.“

Inzwischen rüsten die Gemeindekrieger aus dem Unteren Freien Grund zum letzten Gefecht. Für den Fall, daß der Landtag dem Regierungsentwurf zustimmt, haben sie Geld zurückgelegt, mit dem eine Verfassungsklage bestritten werden soll. Außerdem drohen sie mit einem neuen Rathaus-Streik und einem go-in der freien Männer ins Düsseldorfer Parlament.

Rebell Roth: „Wir wollen doch mal sehen, ob das Volk noch was zu sagen hat.“

Ordinariat zu Trier verlegt. Der „Rhein-Saar-Spiegel“, ein Provinz-Pressedienst, ist der Regierung für einen monatlichen Zuschuß von 2000 Mark dankbar.

Auch die Redakteure des Saarländischen Rundfunks mögen kein offenes Wort zur Landespolitik riskieren: Das CDU-Regime hat demnächst darüber zu entscheiden, ob der ärmliche Minisender mit dem Südwestfunk zusammengelegt wird oder nicht. Und das einzige SPD-Blatt des Landes, die Saarbrücker „Allgemeine Zeitung“, ist im letzten Frühjahr an Leserschwind dahingegangen.

Wenn einmal Kritisches und Kurioses von der zu 74 Prozent katholischen Saar nach draußen dringt, wurde es von zwei Nicht-Katholiken gemeldet: dem Moslem Muhammad Abdullah, 37, Saar-Korrespondent der US-Agentur United Press International (UPI), und dem Protestanten Wolfgang Rahner, 40, Saar-Korrespondent der US-Agentur Associated Press (AP) und des Evangelischen Pressedienstes (epd) sowie Mitarbeiter des evangelischen Saar-Wochenblattes „Sonntagsgruß“ (Auflage: 22 000).

In Abdullahs und Rahners vielgedruckten Meldungen erscheint das

Saarland oft als das Schilda der Republik. Und häufig haben die beiden Journalisten zu spüren bekommen, daß in der Kohlen-Provinz „kein Presseemann am Image des Landes kratzen darf“ (Rahner).

Die beiden Agentur-Reporter verfolgt vor allem der Zorn von Deutschlands einzigem durchs Abitur gefallenen Kultusminister, dem Katholiken Werner Scherer, 39. Pannen in Scherers Amtsbereich bieten Rahner und Abdullah immer wieder Stoff:

- ▷ Im Frühjahr berichtete Abdullah über den Kultus-Beamten Josef Quack, 60; der Ministerialrat hatte 13 evangelischen Junglehrerinnen, die wegen des Konfessionsproporzesses stellungslos waren, geraten, doch „die Konfession zu wechseln“.
- ▷ Im Herbst verbreitete Rahner, daß an den höheren Schulen im Saarland eine „Schülersatzung“ verteilt werde, die Schülern etwa den Besuch von Versammlungen und Gerichtsverhandlungen sowie „das Tragen von Abzeichen jeder Art im Bereich der Schule“ verbot.
- ▷ Vor ein paar Wochen meldete Rahner, ein evangelischer Saar-Schulrat habe von der Auflösung seines Amtes erst durch die Putzfrau erfahren.

In November war es Minister Scherer leid, aus Rahners Feder „über die Arbeit meines Hauses immer nur Negatives zu lesen“. Vor der Landespressekonferenz, der Vereinigung der bei Regierung und Landtag akkreditierten Journalisten, verbat er sich weitere Kritik: „Solche aufgebauchten Sachen beeinträchtigen in unverantwortlicher Weise das Ansehen unseres Landes.“

Der Wink genügte: Unverzüglich erteilte der regierungstreue Journalisten-Klüngel dem Kollegen Rahner in einer Geheimsitzung per Abstimmung eine Rüge. Bei Rückfall droht Rahner Ausschuß aus der Pressekonferenz — also Vertreibung von der am stärksten sprudelnden Nachrichtenquelle des Landes.

Und als „nichts weiter als Versuche, an der Saar den Konfessionsfrieden zu stören“, schalt Kultusminister Scherer Leitartikel, in denen Rahner im „Sonntagsgruß“ die Konfessionsschul-Politik des Röder-Kabinetts kritisiert. Der regierungfromme „Rhein-Saar-Spiegel“ über den „Sonntagsgruß“, der dank Rahners Mitarbeit zum einzigen Oppositionsblatt an der Saar geworden ist: ein „Agitprop-Organ, das sich in Stil und Wortschatz nur noch millimeterbreit von SED-Publikationen abhebt“.

Gemaßregelt werden zuweilen sogar linientreue Saar-Journalisten. Als die „Saarbrücker Zeitung“ unlängst über eine Rede des Regierungschefs Franz Josef Röder, 58, zum St.-Barbara-Tag, nicht auf Seite 1, sondern erst auf Seite 9 berichtete, erteilte der Landesvater dem Vertreter des Blattes bei der nächsten Pressekonferenz einen öffentlichen Tadel. Röder: „Das hätte nun wirklich nach vorne gemußt.“

## WERTPAPIERE

### INVESTMENT-KLUBS

#### Gewinn bei Eric

Das Speisezimmer des Hotels „Haus Wittelsbach“ im oberbayrischen Ferienort Ruhpolding bleibt Fremden am Montagabend verschlossen. Nur der „Erste Ruhpoldinger Investment-Club“, den Drogist und Reformhändler Herbert Ohl mit 31 Mitbürgern gründete, hat an diesem Tage Zutritt.

Der Eric-Klub, so lautet die volkstümliche Ruhpoldinger Vereinsabkürzung, widmet sich der gemeinsamen Geldanlage in Aktien und betreibt

republik inzwischen fast 50 private Effekten-Klubs als Minikonkurrenz der großen Investment-Gesellschaften aufgetan.

Die Idee importierte Geschäftsführer Ruppert Siemon von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz aus den USA. Nach einer Reise zu amerikanischen Investment-Klubs lockte er die Deutschen: „Warum nicht gemeinsam Aktien sparen statt nur Bier trinken?“

Siemon berichtete von rund 40 000 Investment-Klubs in den USA, die jeweils zwischen zehn und 20 Mitglieder haben — Sportsfreunde, Hausnachbarn oder Arbeitskollegen. Der Detroit Mutual Investment Club zum Beispiel begann 1940 mit einem



Investmentklub-Sitzung in Ruhpolding: Börse statt Bier

Wertpapiersparen auf lange Sicht. Seit der konstituierenden Sitzung im Sommer dieses Jahres (Treff-Parole: „Heute abend Eric“) haben die Hobby-Broker bereits 16 Prozent Gewinn erzielt.

Laut Satzung zahlt jedes Mitglied am Monatsersten 50 Mark auf das Klub-Konto. Der gesammelte Vereinsbeitrag von 1600 Mark wird unverzüglich in Aktien angelegt. Was gekauft werden soll, beschließt die Anlagekonferenz im Wittelsbacher. Ohl: „Das letztemal ging's heiß her. Die Mehrheit stimmte für Siemens-Aktien.“

Die Spielregeln des Börsenrouletts haben sich die oberbayrischen Investler im Do-it-yourself-Verfahren angeeignet. Der Sparkassendirektor von Ruhpolding führte sie ins Bank- und Börsenchinesisch ein und lehrte sie Kurszettel der Wirtschaftspresse lesen. Nach dem Studium von Geschäftsberichten und Informationsdiensten erweiterten die Klubmitglieder ihren Effekten-Horizont durch eine Fahrt zur Münchner Wertpapierbörse.

Gleich den 32 Ruhpoldinger Eric-Sparern haben sich in der Bundes-

Startkapital von 150 Dollar. Heute haben es die Detroit Hobby-Spekulanten auf ein gemeinsames Aktienvermögen von rund 200 000 Dollar gebracht.

Nach dem Vorbild amerikanischer Klubsatzungen entwarf Wertpapier-schützer Siemon Musterverträge. Danach firmieren die deutschen Klubs als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, das Vermögen ist mithin nicht Klubeigentum, sondern verteilt sich je nach Einzahlungsbetrag auf die einzelnen Mitglieder. Vorteil: Der Klub spart die Körperschaftsteuer. Was durch gemeinsames Spekulieren gewonnen wird, unterliegt lediglich der Einkommensteuer.

Gering ist für den Klein-Investler auch das Risiko. Der Monatssatz „kratzt keinen“ (Klubleiter Ohl), und Börsentiefs lassen sich in der Gemeinschaft leichter überstehen. Siemon: „Bei langfristigem Aktiensparen sind vorübergehende Schwächetendenzen der Börse praktisch keine Gefahr.“

Beim „Ersten Hamburgischen Investment Club“, dem Steuerberater, Rechtsanwältin, Kaufleute und auch drei Pastoren angehören, beträgt der